

Die Weltwoche
8021 Zürich
043/ 444 57 00
www.weltwoche.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 61'889
Erscheinungsweise: 50x jährlich

Seite: 32
Fläche: 80'411 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 66578937
Ausschnitt Seite: 1/3

Das Volk im Nacken

Bundesrat Guy Parmelin will eine rundum modernisierte Luftverteidigung. Diese Schicksalsfrage für die Armee wird der Verteidigungsminister nicht am Volk vorbeischnüffeln können.



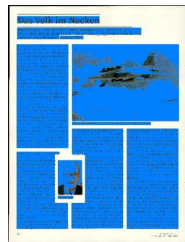
Saab wieder in der Offensive: Gripen-Testflug über den Schweizer Alpen.

Von René Zeller

In den Kinosälen wird zurzeit die spektakulärste Niederlage der Schweizer Armee nach erzählt. Am 18. Mai 2014 brachte das Stimmvolk den Kampfjet Gripen zum Absturz. Der Dokumentarfilm «Ein Volk auf der Höhe», realisiert vom Waadtländer Frédéric Gonseth, ist gut getimt. Er rollt den Teppich für SVP-Bundesrat Guy Parmelin aus, der es besser machen muss als sein Amtsvorgänger Ueli Maurer. Der Film zeigt schnörkellos auf, dass der damalige Militärminister nicht alles, aber vieles falsch gemacht hat. Maurer band seinen Piloten einen Maulkorb um, er vermochte die technischen Zweifel am schwedischen Modell nicht zu zerstreuen, er agierte in seinen öffentlichen Auf-

tritten zuweilen wenig souverän. Er hatte auch insofern Pech, als die schwedischen Anbieter tollpatschig vorgingen.

Guy Parmelin kann aus dem Film unschwer herausfiltern, was zu tun ist. Er sollte nicht warten, bis nach einem mehrjährigen Evaluationsverfahren ein Flugzeugtyp obsiegt, der dann von den unterlegenen Anbietern schlechtergeredet und von den Armeegegnern erneut als viel zu teure Luxusanschaffung verteufelt wird. Falls dieses Szenario «Gripen Due» erneut Schiffbruch erleiden würde, wären die Konsequenzen katastrophal: Die Armee hätte – abgesehen von schrottreifen Tiger F-5 und dannzumal altersschwachen F/A-18 – keine



Luftkampfmittel mehr. Ende Feuer. Ja oder Nein zur Luftverteidigung?

Ein anderer Lösungsansatz bietet sich Parmelin an. Dieser wird im Bericht angetippt, den die von ihm eingesetzte politische Begleitgruppe zur Evaluation und Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs am 30. Mai vorgelegt hat. Dort wird als Möglichkeit ein «Grundsatz- und Planungsbeschluss gemäss Artikel 28 des Parlamentsgesetzes» vorgeschlagen. Das heisst: Parmelin könnte darauf hinwirken, dass das Volk vorab entscheidet, ob es das Nein zum Gripen widerrufen will. Falls das Volk die Notwendigkeit einer Sicherung des Luftraums bejahen würde, wäre die materielle Ausstaffierung der Luftwaffe nachgelagert im regulären parlamentarischen Prozess zu vollziehen.

Befürwortet wird ein solches Vorgehen von Divisionär Bernhard Müller, der Anfang 2018 die Nachfolge von Korpskommandant Aldo Schellenberg als Luftwaffenchef antreten wird. Am Sonntag erklärte Müller nach der Vorführung des Films «Ein Volk auf der Höhe» im Zürcher Kino «Riffraff», seines Erachtens sollte das Volk über die Zukunft der Luftwaffe mitentscheiden können. Die Frage müsse lauten: «Will die Schweiz noch Souveränität ausüben im Luftraum?»

Über die Option einer möglichen Volksbefragung zur Zukunft der Luftwaffe wird auf dem politischen Rollfeld bereits intensiv taktiert. SVP-Nationalrat Thomas Hurter meinte an der erwähnten Veranstaltung, es sei nicht einsichtig, weshalb bei Materialbeschaffungen für die Armee andere Spielregeln gelten sollten als für Zugskompositionen. Wenn die Linke die Luftwaffe grounden wolle, so müsse sie das via Initiativrecht ver-

suchen. Anders sieht es der grüne Nationalrat Balthasar Glättli. «Wir wollen eine möglichst konkrete Fragestellung, also über einen Flugzeugtyp und dessen Kosten abstimmen können.» Freimütig bekannte Glättli, es sei taktisch wichtig, auf welchem Feld politische Schlachten geschlagen würden – ein Referendum lässt sich einfacher gewinnen als eine Volksinitiative.

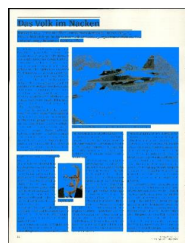
Vorerst liegt der Ball aber bei Parmelin. Sein prägnantester Beitrag zur luftverteidigungspolitischen Zukunft war bisher, dass er im März 2016 die Evaluation eines neuen Boden-Luft-Abwehrsystems (Bodluf) sistierte. Seither hat er eine Expertengruppe eingesetzt, die ihm Ende Mai vier mögliche Varianten unterbreitet hat (20, 30, 40, 55 und mehr Kampffjets). Jetzt will Parmelin ein milliardenschweres Paket schnüren, bestehend aus Jets und Luftabwehr. Ob er vorgängig einen Richtungsentscheid pro oder contra Luftwaffe erwirken kann? Ob er das Parlament dafür gewinnen wird? Das Nein zum Gripen hat lange Schatten geworfen.

Ein dezidierter Befürworter des skizzierten Szenarios ist SVP-Nationalrat Adrian Amstutz. Er verteidigte Bundesrat Parmelin resolut, als dieser den Bodluf-Sistierungsentscheid fällte, und er hält diesen Beschluss unverändert für richtig. «Eine vorzeitige, nicht auf die Flugzeugbeschaffung abgestimmte Bodluf-Beschaffung hätte fatale Sachzwänge geschaffen.» Amstutz betont: «Die SVP will die Beschaffung neuer Kampffjets und eines Bodluf-Systems, wie der vorliegende Expertenbericht klar bestätigt, als sich gegenseitig ergänzendes Gesamtverteidigungspaket.» Er spricht sich zudem für einen Urnengang aus, wobei die Grundsatzfrage gestellt werden müsse: «Sollen die Menschen in der Schweiz vor Gefahren aus der Luft geschützt werden, ja oder nein?»

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) verfolgt eine konträre Agenda. Der grüne Ex-Nationalrat Josef Lang interpretiert das Nein zum Gripen so, dass das Volk damals



Guy Parmelin.



den Ersatz der Tiger-Flotte refüsiert habe. Die F/A-18-Jets seien noch bis 2030 lufttauglich. Weil eine Neuevaluation maximal acht Jahre dauere, ist nach Auffassung Langs «jede Diskussion um neue Kampfflugzeuge vor 2022 eine Desavouierung des Volksentscheids von 2014». Im Übrigen stelle die GSoA den Luftpolizeidienst der Armee nicht in Frage, sagt Lang. Dafür reichten aber zwölf Flugzeuge. Falls sich das Parlament dereinst in diesem Sinne entscheide, «würden wir kein Referendum ergreifen».

Lobbyisten am Start

Auch die Flugzeughersteller sind längst wieder startklar. Ausgerechnet der schwedische Anbieter Saab agiert zuvorderst. Im Mai vermeldete das Unternehmen den Erstflug des Typs Gripen E. Der Chef von Saab Schweiz, Rustan Nicander, antwortete auf die Frage, ob Saab sein Glück erneut versuchen wolle: «Ja. Wir sind bereit, der Schweiz eine Offerte zu unterbreiten, und wir werden den Gripen E gemäss den zeitlichen Wünschen der Schweiz ausliefern können.» Für den Kampfjet Gripen spreche, dass sich neben Schweden inzwischen auch Brasilien für dieses Modell entschieden habe. Zudem unterstreicht Nicander, dass Saab weiterhin der kostengünstigste Anbieter sein werde.

Das Lobbying, bei Rüstungsbeschaffungen

stets ein mitentscheidender Faktor, soll transparenter vonstattengehen als bisher. Diese Erwartung teilen Politiker von links bis rechts. Auch hier geht Saab voran. Die Agentur Hirzel, Neef, Schmid bleibt lobbyistische Statthalterin von Saab in der Schweiz. Die Grossagentur Farner hat seit dem Gripen-Grounding das Feld für den Joint Strike Fighter F-35 des amerikanischen Anbieters Lockheed Martin sondiert. Brancheninsider bezweifeln aber, dass dieser superteure Flieger schweiztauglich ist. Mehr Chancen werden dem modernisierten amerikanischen F/A-18 Super Hornet (Boeing) eingeräumt. Ob Farner alternativ für den französischen Rafale (Dassault) ins Rennen steigen wird? Darüber schweigt sich die Agentur aus. Wahrscheinlich ist, dass auch der vom Airbus-Konzern hergestellte Eurofighter in die Evaluation einbezogen wird. In Bern wird gemunkelt, die Agentur Furrer Hugi komme hier zum Zug. «Wir haben zurzeit kein Mandat von Airbus», sagt Agenturleiter Andreas Hugi sibyllinisch.

Was nicht ist, kann noch werden. Vorerst muss Parmelin beweisen, dass er nicht nur sistieren, sondern auch überzeugen kann. Er muss den Bundesrat und das Parlament überzeugen, anschliessend hat er das Volk im Nacken. Es wäre nicht unklug, wenn sich Anbieter und Lobbyisten erst danach piesacken würden. ○